

6 Fragestunde

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Dann kommen wir jetzt aber wieder zurück, und zwar zur Fragestunde. Wir haben jetzt 12.51 Uhr, und darf bitten Herrn Gemeinderat Kozina-Voit um die Frage an Herrn Stadtrat Riegler.

Beginn Fragestunde: 12.51 Uhr.

6.1 Frage 1: Stabile Rahmenbedingungen für nachhaltige Unternehmen (GR Mag. Dr. Kozina-Voit, Die Grünen an StR Dr. Riegler, ÖVP)

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Schönen Mittag. Vielleicht nur eine kurze Anmerkung. Es war gerade sehr schön beim Raufgehen, wenn dann diese Begrünung im Gang steht, vielleicht könnte man das beibehalten, das ist sehr nett, wertet das ganze Rathaus auf. Gut, jetzt zur eigentlichen Frage, sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler.

Viele Betriebe leiden ja derzeit, wie wir wissen, unter hohen Energie- und Personalkosten. Gerade kleine Unternehmen haben damit sehr zu kämpfen, die können das kaum abfedern und müssen die Preise eben an die Kund:innen weitergeben. Gleichzeitig versuchen aber viele Konsument:innen aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten, auch zu sparen, ihre Ausgaben zu reduzieren, und gehen dann eben zu Discountern, sowohl für Bekleidung als auch für Lebensmittel etc. Für die kleinen, nachhaltigen Unternehmen ergibt sich daraus ein Teufelskreis. Auf der einen Seite steigen die Kosten, auf der anderen Seite sinken die Einnahmen, und wenn die Rücklagen aufgebraucht sind, dann müssen sie zusperren. Das sind ein paar kleine Unternehmen, tatsächlich hängen da aber zehntausende Arbeitsplätze in Graz dran, 2 von 3 Erwerbstätigen sind in KMUs beschäftigt. In Graz wird im April jetzt das Dekagramm schließen. Wir haben aus der Zeitung erfahren, dass auch der Bioladen Matzer, den es seit 40 Jahren gibt, ebenso massive wirtschaftliche Probleme

hat. Bio-Mode-Geschäfte haben in letzter Zeit zugesperrt und davor schon viele andere Greislereien, Bäckereien, Fleischhauer, was auch immer, stattdessen sehen wir viele Ketten und viele Filialen dieser Ketten, da hängen natürlich auch Arbeitsplätze dran, aber die Wertschöpfung geht oft ganz woanders hin, und wir kommen da in Abhängigkeiten, und wenn die Ketten dann auch nicht mehr in Graz sein wollen, dann haben wir wirklich große Probleme. Also man kann natürlich sagen, in einer Marktwirtschaft gibt es ein ständiges Kommen und Gehen, aber dass es jetzt gerade die Unternehmen betrifft, die etwas Richtung Nachhaltigkeit bewegen wollen, das gibt schon zu denken und es stellt sich daher die Frage, wie wir in Graz Rahmenbedingungen schaffen können, um diesen Unternehmen auch mittel- oder langfristig Stabilität zu geben. Aus ökologischer und sozialer Sicht ist es natürlich klar, dass wir nicht weniger, sondern noch viel mehr von diesen Unternehmen brauchen, und wenn wir jetzt von der Wirtschaftspolitik der Stadt auf Gründer:innen oder einmalige Förderungen fokussieren, ist es gut, aber für eine Transformation, die da notwendig ist, wird es nicht reichen, wenn immer wieder Geschäfte zusperren müssen. Wir wollen ja nicht, dass die Grazer Wirtschaft künftig nur mehr aus Filialen irgendwelcher Ketten besteht, sondern wir wollen eine regionale Wirtschaft.

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs an Sie als für die Wirtschaft zuständigen Stadtrat die

Frage:

Was unternehmen Sie, um in Graz möglichst stabile Rahmenbedingungen für kleine, nachhaltige Unternehmen zu schaffen?

Originaltext der Frage:

Viele Betriebe leiden derzeit massiv unter den hohen Energie- und Personalkosten.

Gerade kleine Unternehmen können das kaum abfedern und müssen die Preise an ihre

Kund:innen weitergeben. Gleichzeitig versuchen aber viele Konsument:innen aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten, ihre Ausgaben zu reduzieren – und gehen zu Discountern, wo sie Lebensmittel, Kleidung und andere Produkte günstig kaufen können.

Für kleine, nachhaltige Unternehmen ist das ein Teufelskreis: Die Kosten steigen, die Einnahmen sinken, und wenn dann die Rücklagen irgendwann aufgebraucht sind, müssen die Betriebe zusperren.

Daran hängen Zehntausende Arbeitsplätze. 2 von 3 Erwerbstätigen sind in KMUs beschäftigt!

In Graz wird das Dekagramm Mitte April schließen – ein prominenter Vorreiter in Bezug auf verpackungsfreies Einkaufen. Der Bioladen Matzer, der älteste der Stadt, hat massive wirtschaftliche Probleme. Ein Bio-Mode-Geschäft hat schon letztes Jahr dichtgemacht. Natürlich gibt es in einer Marktwirtschaft ein ständiges Kommen und Gehen. Aber dass es jetzt auch Unternehmen trifft, die sich besonders um Nachhaltigkeit bemühen, ist kein gutes Zeichen.

Es stellt sich die Frage, wie wir in Graz Rahmenbedingungen schaffen können, um diesen Unternehmen mittel- und langfristig eine wirtschaftliche Stabilität zu geben. Aus ökologischer und sozialer Sicht ist ganz klar, dass wir noch viel mehr von diesen Unternehmen brauchen, um die „Grüne Transformation“ der Wirtschaft zu schaffen. Der Fokus auf Gründer:innen und einmalige Förderungen ist gut – er wird für diese Transformation aber nicht reichen, wenn die Geschäfte dann wieder zusperren müssen. Wenn wir nicht wollen, dass die Grazer Wirtschaft künftig nur mehr aus Filialen irgendwelcher Konzerne besteht, wird es mehr brauchen!

Namens des Grünen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie als für die Wirtschaft zuständigen Stadtrat folgende

Frage:

Was unternehmen Sie, um in Graz möglichst stabile Rahmenbedingungen für kleine, nachhaltige Unternehmen zu schaffen?

StR Dr. **Riegler**:

Danke Herr Kozina, für die Frage bin ich insofern dankbar, weil ich wirklich seit vielen Monaten mit der Firma Dekagramm, der Frau Kassar, in Kontakt stehe und gestanden habe. Ich habe sie im Zuge meiner Betriebstour besucht. Ich habe damals schon gelernt, dass es tatsächlich Schwierigkeiten gibt, dieses Geschäft auf Dauer rentabel zu betreiben. Ich habe mich dann auch bemüht, bin sogar zum Vermieter gegangen, um zu helfen, dass wir einen Mietnachlass bekommen für das Dekagramm, was auch, glaube ich, meines Wissens, gewährt wurde, und ich habe auch Kontakt mit einem Experten für Handelsunternehmen hergestellt, damit gewissermaßen mit der Frau Kassar und ihrem Team einmal darüber geschaut wird, ob dieses Geschäft funktionieren kann, kann das Businessmodell funktionieren? Die Antwort ist bedauerlich, haben wir in der Zeitung gelesen, es ist sich leider nicht ausgegangen. Da muss ich Ihnen jetzt schon sagen, das liegt jetzt nicht unbedingt an den städtischen Förderungen und an der städtischen Wirtschaftspolitik. Wir haben als städtische Wirtschaftspolitik, Sie wissen es, auch auf Ihr Anraten und auf Ihren Wunsch hin eine Wirtschaftsstrategie erarbeitet, diese Wirtschaftsstrategie wird voraussichtlich im April im Gemeinderat präsentiert werden. Sie wissen und Sie alle wissen und auch alle Menschen draußen, die zuhören sollten, wissen, dass wir hauptsächlich bei unseren Wirtschaftsförderungen kleine und Kleinstunternehmen unterstützen. Wir betreiben Pop-up-Förderungen, wir betreiben Start-up-Förderungen, wir unterstützen den Sciencepark, wir unterstützen diverse Organisationen, den Social Business Hub, um eben tatsächlich auch solche Geschäftsmodelle zu unterstützen, die sich vielleicht ausprobieren wollen und wo dann vielleicht irgendwann tatsächlich ein dauerhafter Erfolg rauskommt. Wenn allerdings ein Geschäftsmodell nicht funktioniert, und das ist leider Gottes bei manchen dieser Geschäftsmodelle so, dann kann die öffentliche Hand jetzt aber auch auf Dauer nicht den Verlust abdecken. Tatsache ist, dass es sehr viele, auch von den großen Ketten, die sie offensichtlich weniger schätzen, mittlerweile sehr viele Angebote an biologischen Nahrungsmitteln gibt, dass es eben auch eben auch bei den großen Ketten darum geht, Waste zu vermeiden, Abfall zu vermeiden. Es ist tatsächlich so, dass ein Geschäft, das noch dazu am Joanneumring positioniert ist

entlang einer Einbahnstraße, die mit dem Rad und für viele aus Leonhard, Geidorf, die vielleicht da als Kunden in Betracht kommen, schwer erreichbar ist, dass so ein Geschäft eben dann vielleicht nicht funktioniert. Deswegen habe ich der Frau Kassar auch gesagt und sage es auch gerne hier bei dieser Gelegenheit, ich bin immer gerne dabei, wenn es um Unterstützung dafür geht, dass man da möglicherweise auch einen besseren Standort findet. Also das alles sind Gründe, warum wir tatsächlich da hier nicht mehr helfen können, als wir schon getan haben. Im Übrigen haben wir durchaus auch für die Zero Waste Academy, die im Rahmen des Förderprogramms Climate Business 100 eben erfolgt ist, dass wir auch für diese Zero Waste Academy eben eine Förderung ausgesprochen haben. Letztlich haben wir ja dann auch die Baustellenförderung, die aktuell gerade eine große Rolle spielt wegen der Baustelle, und auch da haben wir Geldmittel bereits bereitgestellt. Das heißt, wir tun unser Möglichstes, um kleinen und Kleinstunternehmen auch zu helfen. *(Appl.)*

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Danke. Ich glaube das Dekagramm ist da jetzt wirklich ein prominenter Einzelfall, und ich weiß, dass da einiges gemacht wurde. Das kann man ökonomisch natürlich hinterfragen, andere Dinge sind aber, eben wie ich angesprochen habe, der Bioladen Matzer, den es seit 40 Jahren gibt und viele andere kleine Unternehmen. Es geht ja nicht nur um diese Einzelfälle, sondern es geht insgesamt um ein Ökosystem sozusagen, wenn Geschäfte nachhaltige Geschäftsmodelle verfolgen, dass die dann auch mittel- und langfristig wirklich erfolgreich sein können. Und da habe ich schon ganz konkret noch die Nachfrage, wenn man sich jetzt diese Förderungen anschaut, die Sie aufgezählt haben, die ja oft auch wirklich an kleine und mittlere Unternehmen gehen, wer bekommt die dann aber letzten Endes? Es war ja nicht nur die Wirtschaftsstrategie beauftragt im Februar 2022 bei diesem dringlichen Antrag, sondern es ist auch darum gegangen, Indikatoren zu entwickeln für Nachhaltigkeit, also speziell für diese Wirtschaftsförderungen, dass die an die Unternehmen gehen, die auch ökologisch und sozial wirklich einen Mehrwert leisten. Nur weil ein

Unternehmen klein ist, das ist ja noch quasi kein Indikator. Und die Frage da wäre eigentlich, bis wann können wir mit diesen Nachhaltigkeitsindikatoren dann rechnen?
(Appl.)

StR Dr. **Riegler:**

Das ist jetzt ein interessanter Vorgriff auf die nächste Gemeinderatssitzung im April, denn wie Sie wissen, wir haben das letzte Woche besprochen, haben wir gesagt, dass wir jetzt einmal eben die Wirtschaftsstrategie in einem umfassenden Prozess ausgearbeitet haben, die auch verschriftlicht haben; die werden wir jetzt in den nächsten Wochen natürlich noch innerhalb der politischen Fraktionen eben auch verteilen, damit man dann eben im April-Gemeinderat eben darüber sprechen können. Daraus abgeleitet wird es vieles geben. Die Wirtschaftsstrategie richtet sich ja auf das Jahr 2030. Es geht darum, dass wir die Stadt Graz als nachhaltige, klimafitte, als produktive, als innovative usw. Stadt eben weiter voranbringen. Dazu braucht es ein Budget, da schaue ist jetzt mal ganz groß in Richtung meines Kollegen Eber. Das ist ja eher eingefroren im Moment das Budget, oder wir kommen ja noch zum Budget. Tatsache ist, dass wir also einerseits ein Budget brauchen, damit wir weitere Fördermodelle machen können, und natürlich haben wir uns auch schon einen reichhaltigen Maßnahmenplan überlegt, was man alles an zusätzlichen Fördermöglichkeiten für Start-ups, für Unternehmen, für nachhaltige Unternehmen schaffen können. Also, da würde ich jetzt fast vorschlagen, da wollen wir jetzt nicht zu viel spoilern, dass man jetzt schon die Geschichte vom April vorwegnehmen, aber ich freue mich schon darauf, dass wir im April dann ausführlich über die Wirtschafts- und Standortstrategie 2030 sprechen können. (Appl.)

**6.2 Frage 2: Pachtvertrag Burgruine Gösting: Pachtzinshöhe
(KO GR Mag. Pascuttini, KFG an StR Eber, KPÖ)**

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, werte Kollegen im Gemeinderat! Wir sprechen über einen alten Hut, ein altes Gebäude, die Ruine Gösting war schon mehrfach Thema hier im Haus. Ich habe mir da ein paar Sachen angeschaut, die mich jetzt doch etwas verwundern. Wie Sie alle noch wissen, im Zuge des Wahlkampfes 2021 hat man dann eine Lösung für das seit Jahren bestehende Problem mit der Burgruine Gösting gefunden, die durchaus nicht, wie ich sagen würde, die billigste Lösung war. Wir zahlen jetzt 40.000 Euro exkl. Umsatzsteuer pro Jahr an den Eigentümer, das sind 2 Millionen Euro über diesen Zeitraum. Wir verpflichten uns, alles Mögliche zu übernehmen bis 2026, 850.000 Euro in eine Liegenschaft, die uns dann nicht gehört, die wir nur gepachtet haben, und da geht meine Kritik jetzt gar nicht nur in Richtung der Kosten. Weil es mag ja vernünftig sein, dass man mal etwas investiert, dass man ein Naherholungsgebiet schafft. Nur ist dieses Naherholungsgebiet, wie ich den Medien entnehmen muss, jetzt weiterhin nicht für die Öffentlichkeit zugänglich, sondern nur an zwei Tagen im Jahr, am Tag der Offenen Tür, Tag des Offenen Burgtors sozusagen. Jetzt stellt sich für mich die Frage, rechtfertigt das diese Kosten? Und wenn man es geschafft hätte, durch diese Gesamtinvestitionen die Burgruine der Gesamtbevölkerung zugänglich zu machen, dann wäre das ja in Ordnung. Nur meine Kritik richtet sich an Sie, Herr Stadtrat, was ist in den letzten 1 ½ Jahren passiert? Wir warten da jetzt auf ein Konzept, weil ich habe mir dann den Aktenvermerk aus dieser Stadtsenatssitzung angesehen, da wurde ja vom damaligen Bürgermeister dann klar dargelegt, dass man jetzt einmal das Fundament schafft und es dann noch etwas braucht, damit man es auch wirklich sinnvoll betreiben kann. Jetzt haben wir 1 ½ Jahre erlebt, wo in dieser Frage wenig bis gar nichts weitergegangen ist. Es hat nur den lustigen Ausflugstag letztes Jahr gegeben, wo alle zur Burg gepilgert sind. Die Pinzgauer auch unterwegs waren, ich hoffe das war nicht der Vorgriff, dass wir die Burg irgendwann mit infanteristischen Mitteln dann erobern müssen. Also diese Frage stellt sich mir schon, ist jetzt für mich die Frage, Herr

Stadtrat, wie zufrieden sind Sie mit dieser Situation? Wenn ich jetzt meine Frage wiederfinde, dann kann ich Sie Ihnen auch vorlesen. Sie haben diese eh, dann dankeschön. Dann darf ich Sie, Herr Stadtrat, befragen, wie beurteilen Sie den gegenwärtigen Status quo in concreto, dass aus öffentlichen Geldern jährlich 40.000 Euro plus Betriebskosten in unbekannter Höhe an eine Privatperson bezahlt werden, obwohl die dem Pachtvertrag zugrundeliegende Liegenschaft Burgruine Gösting gerade nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann, außer an zwei Tagen pro Jahr? (Appl.)

Originaltext der Frage:

Laut Medienberichten wird von der wiederholt angekündigten Öffnung der Burgruine Gösting noch lange keine Rede sein. Wie es aktuell aussieht, wird das beliebte Ausflugsziel mit Burgtaverne wohl noch auf viele Jahre für breite Teile der Öffentlichkeit gesperrt bleiben. Nur an zwei „Tagen der offenen Tür“ pro Jahr soll die Burgruine Gösting der Öffentlichkeit zugänglich werden.

Medienberichten zufolge würde allein die Errichtung der nötigen Infrastruktur rund zwei Millionen Euro kosten. Einem medial verbreiteten Statement von Finanzstadtrat Eber zufolge müsse die Stadt Graz zudem jedes Jahr zwischen 100.000 und 200.000 Euro investieren, um die bröckelnden Mauern zu sanieren. Eine vollständige Sanierung, sodass man eine Burgtaverne betreiben und die Ruine wieder voll öffnen könne, würde Millionen kosten.

Fakt ist: Die Stadt Graz hat die Burgruine von Hubert Auer gepachtet und zahlt dafür 40.000 Euro pro Jahr plus sämtliche Betriebskosten. Vertraglich ist die Stadt verpflichtet, Aufschließungs- und Sanierungskosten von 850.000 Euro zu übernehmen (das sind nicht die Infrastrukturinvestitionen in Strom, Kanal und Wasser). Auer und Erben verzichten bis 2071 auf die Pachtauflösung. Bei Auflösung gehen alle Investitionen in ihr Eigentum über, berichtete die Kleine Zeitung. Dieser Pachtvertrag wurde zwei Tage nach dem letzten Urnengang im September 2021 unterzeichnet.

Einmal mehr stellt sich die Frage, wer den Steuerzahler vor solchen Deals schützt, die auf Kosten der Allgemeinheit Einzelpersonen enorme Summen an Geld in die Taschen spült. Die Burgruine als Ausflugsziel zu revitalisieren ist im Interesse aller – aber nun stellte sich heraus, dass das Gegenteil mit dem Abschluss dieses 50-jährigen Pachtvertrages erreicht wurde.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des (Korruptions-)Freien Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

gem. § 16a der GO des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz:

Wie beurteilen Sie den gegenwärtigen Status quo, in concreto, dass aus öffentlichen Geldern jährlich 40.000 Euro plus Betriebskosten in unbekannter Höhe an eine Privatperson bezahlt werden, obwohl die dem Pachtvertrag zugrundeliegende Liegenschaft („Burgruine Gösting“) gerade nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann (außer an zwei Tagen pro Jahr)?

StR Eber:

Lieber Herr Klubobmann, lieber Alexis Pascuttini! Zunächst einmal, das muss ich natürlich festhalten, dass über die Inhalte des Vertrags natürlich es eine Stillhaltevereinbarung gibt, deswegen kann ich mich im Wesentlichen natürlich auch nur auf Zeitungsartikel berufen, aber ich kann insoweit natürlich praktisch alles, was du da jetzt angeführt hast, bestätigen. Tatsache ist ja, dass 2 Tage nach der letzten Gemeinderatswahl, am 28. September 2021, dieser Pachtvertrag unterschrieben wurde vom damaligen Bürgermeister, und da ist eben unter anderem geregelt, welche Maßnahmen Richtung Infrastruktur, Kanal, Wasser und Strom, hast du eh schon angeführt, getätigt werden müssen. Aus heutiger Sicht können oder müssen wir sagen, dass alleine diese Infrastrukturmaßnahmen rund 2 Millionen Euro in Summe kosten. Im letzten Jahr hat die GBG im Auftrag der Stadt bereits Sicherungsmaßnahmen am

Gemäuer gemacht, diese haben rund 130.000 Euro gekostet und es hat sich eben herausgestellt, dass das Gemäuer in einem wesentlich schlechteren Zustand war, als das ursprünglich angedacht war. Und so müssen wir auch heute davon ausgehen, dass wir im Jahr 100.000 bis 200.000 Euro für die Instandhaltung der Gemäuer bereitstellen müssen. Eine dauerhafte Öffnung der Burgruine ist eben aufgrund dieser Haftungsfragen für die nächsten Jahre zumindest einmal nicht in Sicht, und da geht es noch überhaupt nicht um die Taverne und eine mögliche Wiedereröffnung der Taverne, die ist natürlich noch in weiterer Sicht. Dass das Interesse der Grazerinnen und Grazer an der Burgruine groß ist, das als Ausflugsziel im unmittelbaren Nahbereich der Innenstadt zu haben, hat sich ja bei der Eröffnung am 26. Oktober letzten Jahres gezeigt, wo insgesamt über 2000 Menschen dieses Angebot genutzt haben, um die Burg zu besuchen. Geplant ist für heuer, dass wir das auch wieder an 2 Tagen, wie du gesagt hast, ähnlich wiederholen, und da vielleicht ein bisschen ein Programm noch machen, gleichzeitig möchte ich auch noch einmal darauf hinweisen, dass man jederzeit über die Graz Guides eine Führung buchen kann, ist sowohl für Touristen und Touristinnen interessant als auch natürlich für interessierte Grazerinnen und Grazer. Abschließend möchte ich noch dazusagen, hinterher ist man immer gescheiter. Aus heutiger Sicht hätte ich diesen Pachtvertrag mit diesen Bedingungen wohl eher nicht unterschrieben, wie das mein Vorgänger bzw. der vorige Bürgermeister gemacht hat. Klar ist auch, bevor wir weitere Entscheidungen treffen, also was die Zukunft der Burgruine anbelangt, wird es natürlich mit allen Beteiligten hier noch umfassende Gespräche geben müssen. *(Appl.)*

KO GR Mag. Pascuttini:

Danke für diese erste Einschätzung Ihrerseits. Man muss da aber der Fairness wegen schon festhalten, es war ja damals ein einstimmiger Stadtsenatsbeschluss, das haben wir alle dabei mitgetragen. Sie waren nicht im Stadtrat, ich noch nicht im Gemeinderat, also wir beide können uns da relativ gut ein bisschen davon rausnehmen. Für mich stellt sich jetzt die Frage, Sie haben das ja auch noch einmal aufgezählt, das sind ja

schon sehr, sehr hohe Kosten, die da jetzt jährlich entstehen, wo auf Jahre nicht sicher ist, dass wir das für die Allgemeinheit öffnen können. Deswegen ist meine Zusatzfrage, Sie können es sich ja denken: Werden Sie sich für eine Auflösung dieses Pachtvertrages einsetzen? (Appl.)

StR Eber:

Also zunächst einmal, ja, dieser Vertrag ist einstimmig beschlossen worden im Stadtsenat. Ich würde mich davon auch überhaupt nicht distanzieren, deshalb sage ich ja, hinterher ist man immer gescheiter, also wenn man dann weiß, was auf einen zukommt. Wie gesagt, egal welche weiteren Maßnahmen wir setzen oder ob es zu einer durchaus denkbaren Auflösung des Pachtvertrags kommt, davor werden wir natürlich noch umfangreiche Gespräche mit den Fachabteilungen, mit dem Eigentümer natürlich auch, auf politischer Ebene führen.

6.3 Frage 3: Förderzuschüsse im Bildungsbereich laut KIG 2023 für Graz sichern (GRⁱⁿ Reininghaus, Neos an StR Eber, KPÖ)

GRⁱⁿ Reininghaus:

Hoher Stadtsenat, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, liebe Gäste am Balkon und auch liebe Gäste zu Hause am Livestream.

Auch ich habe eine Frage an den Herrn Stadtrat Eber, wird heute wahrscheinlich noch ein bisschen öfter der Fall sein. Uns geht es um die Förderzuschüsse im Bildungsbereich laut KIG 2023, die wir unbedingt für Graz sichern wollen. Also wir, der Grazer Gemeinderat, wird heute ja auch noch über ein Stück abstimmen, das sich Grazer Investitionsprogramm für den Pflichtschulhausbau, kurz GRIPS 3, nennt. In diesem außerordentlich wichtigen Stück geht es um die Finanzierung umfassender Sanierungsmaßnahmen in mehreren städtischen Schulgebäuden. Um die

Sanierungsvorhaben in der ersten Priorität, das sind die schon besonders dringenden Sanierungsvorhaben, umzusetzen, braucht die Stadt Graz knapp 6,5 Millionen Euro und für die Umsetzung des Vorhabenbeschlusses „Pflichtschulausbau Programmmanagement und Projektentwicklung“ noch einmal 1,75 Millionen Euro. Das ist ein sehr wichtiges Stück, darum nehme ich auch an, dass das heute breite Zustimmung finden wird. Denn schließlich, glaube ich zumindest, wir wissen hier alle, wie wichtig es ist, bestehende Schulgebäude klimafit zu machen, und dass wir auch aufgrund der wachsenden Bevölkerung in Graz zusätzliche Schulen benötigen ist auch bekannt. Und so komme ich auch gleich zum Kommunalen Investitionsgesetz 2023, das heißt KIG 2023, also wir sind heute im GRIPS 3 und im KIG 2023 unterwegs, das genau vor 29 Tagen, also am 1. März, in Kraft getreten ist. Dieses KIG 2023 kommt natürlich dem Grazer Gemeinderat oder der Stadt Graz schon sehr gelegen, denn der Bund wird innerhalb der nächsten 5 Jahre insgesamt eintausend Millionen Euro in die Hand nehmen und an die österreichischen Gemeinden ausschütten, um diese dabei zu unterstützen, wichtige Sanierungsvorhaben umzusetzen. Zum Beispiel unterstützt der Bund mit dieser Förderungsschiene die Gemeinden oder auch die Stadt Graz bei der Instandhaltung und thermischen Sanierung von städtischen Schulen und auch der Sanierung von Kindertageseinrichtungen sowie für die Einrichtung, und das finde ich jetzt besonders schön, von Kinderbetreuungsplätzen während der Sommerferien für die Jahre 2023, 2024 und 2025. Geld ist da. Eigentlich müsst ihr es nur abholen und euch die Mittel holen, jeweils die Hälfte der Gesamtkosten werden für diese Fälle eben vom Bund finanziert. Natürlich gibt es auch Voraussetzungen, die die Stadt Graz als Förderwerber erfüllen müsste; also eine der Voraussetzungen lautet, die Kommune oder Gemeinde muss zumindest die Hälfte der Investitionen stemmen können von sich aus. Die nächste Voraussetzung lautet, dass die Vorhaben zeitlich zwischen dem 1.1.2023, also diesem Jänner, und dem 31.12.2025 begonnen werden, und dass der Antrag bis zum 31.12.2024 bei der Abwicklungsstelle eingereicht wird. Also ich denke die Voraussetzungen sind jetzt hier gut zum Handeln. Ich denke auch, dass aufgrund des Schuldendrucks im Stadtbudget es natürlich auch nur logisch sein kann, dass sich die Stadt alle möglichen Fördermittel zur Sanierung und Instandhaltung von Schulen

sowie für die Errichtung der wichtig benötigten Kinderbetreuungsplätze während der Sommerferien sichert. Und daher stelle ich gemäß § 16a der Geschäftsordnung folgende

Frage:

Welche Fördersummen zur Sanierung von Schulen und für die Einrichtung von Kinderbetreuungsplätzen während der Sommerferien 2023 bis 2025 laut Motiventext wurden ins Nachtragsbudget 2023 sowie in die Mittelfristplanung bis 2027 übernommen?

Originaltext der Frage:

*Heute wird der Gemeinderat über umfassende Sanierungsmaßnahmen diverser Schulgebäude im Rahmen des Grazer Investitionsprogramms für den Pflichtschulausbau, kurz „GRIPS 3“, beschließen(*1). Für die Umsetzung der Vorhabenbeschlüsse zur Sanierung von Schulgebäuden der 1. Priorität sind Mittel in der Höhe von knapp 6,5 Millionen Euro erforderlich. Für den Vorhabenbeschluss „Pflichtschulausbau 3 Programmmanagement und Projektentwicklungen“ über insgesamt 1.755.000 Euro ist kein neuer Finanzbedarf notwendig, da die Mittel aus den bestehenden Mitteln von GRIPS 2 umgeschichtet wurden.*

*Über das Bundesgesetz zur Unterstützung von kommunalen Investitionen 2023, kurz „Kommunalinvestitionsgesetz 2023“ (KIG 2023)(*2), das am 1. dieses Monats in Kraft getreten ist, wird der Bund innerhalb der nächsten 5 Jahre insgesamt 1.000 Millionen Euro an Österreichische Gemeinden ausschütten.*

Nach § 5 Abs. 1 KIG 2023 gewährt der Bund den Gemeinden Zweckzuschüsse für Investitionen zur Instandhaltung und Sanierung für städtische Schulen und Kindertageseinrichtungen, sowie Zuschüsse für die Einrichtung von Kinderbetreuungsplätzen während der Sommerferien 2023, 2024 und 2025 für Kindergarten- und Schulkinder (§ 5 Abs. 2 Ziffer 2).

Der Bundeszuschuss pro Investitionsprojekt an die Gemeinden beträgt 50 % der

Gesamtkosten, wobei vorausgesetzt wird, dass die Kommunen mindestens 50 % der Gesamtkosten eigenfinanzieren können (§ 2 Abs. 7 KIG 2023), die Vorhaben zeitlich zwischen dem 1.1.2023 und dem 31.12.2025 begonnen werden (§ 2 Abs. 5) und der Antrag bis 31.12.2024 bei der Abwicklungsstelle eingereicht wird (§ 9 KIG 2023). Aufgrund des angespannten Stadthaushalts ist es nur logisch, dass sich die Stadt Graz alle möglichen Fördermittel für die Sanierung und Instandhaltung von Schulen und für die Errichtung von Kinderbetreuungsplätzen während der Sommerferien sichert. Daher stelle ich gemäß § 16a der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderats, folgende

Frage:

Sehr geehrter Herr Finanzstadtrat Eber, welche Fördersummen zur Sanierung von Schulen und für die Einrichtung von Kinderbetreuungsplätzen während der Sommerferien 2023 bis 2025 laut Motiventext wurden ins Nachtragsbudget 2023 sowie in die Mittelfristplanung bis 2027 übernommen?

StR Eber:

Liebe Frau Gemeinderätin, liebe Sabine! Danke für diese Frage. Ich möchte nur darauf hinweisen, zuerst allgemein im Rahmen des neuen Kommunalen Investitionsprogramms 2023 für Gemeinden werden vom Bund für die Jahre 2023, 2024 insgesamt 1 Milliarde zur Verfügung gestellt, das hast du ja schon in der Frage auch berichtet. Davon ist die Hälfte der Budgetmittel für Maßnahmen zur Energieeffizienz sowie zum Umstieg auf erneuerbare Energieträger und die andere Hälfte für Investitionsprojekte, die an den Kriterien des Kommunalen Investitionsgesetzes 2020 angelehnt sind, vorgesehen. Darüber hinaus, und das darf man auch nicht vergessen, können die Gemeinden aus beiden je 500-Millionen-Euro-Töpfen wiederum maximal 5 % der zur Verfügung stehenden Zuschüsse an gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Organisationen vergeben, damit diese ihre Energiepreise, die in den letzten Jahren auch massiv gestiegen sind, decken können. Wie beim KIG 1 wird also auch die Stadt Graz wieder entsprechende

Förderanträge stellen, die dafür sorgen werden, dass auch tatsächlich 100 Prozent der für Graz in Aussicht gestellten Fördersumme lukriert werden können. Dafür werden in den nächsten Wochen die entsprechenden Projekte gesichtet, natürlich insbesondere jene, die im besten Fall bereits im Nachtragsvoranschlag 2023 bzw. in der Finanzplanung mit 2027 abgebildet sind. Dabei ist es natürlich auch wichtig und notwendig, dass wir Projekte finden, wo sich die Finanzdirektion möglichst leicht tut, also die darstellen zu können. Um zur konkreten Frage allerdings zu kommen: Die Einnahmen aus dem KIG 2 sind aktuell im Nachtragsvoranschlag 2023 bzw. in der Finanzplanung bis 2027 noch nicht abgebildet, diese werden erst abgebildet, sobald eine konkrete Förderzusage vorliegt.

GRⁱⁿ Reininghaus:

Das heißt, wir können den Vätern und Müttern auch dieses Jahr nicht garantieren, dass sie verzweifelt nach einem Kinderbetreuungsplatz während der Sommerferien suchen, oder?

StR Eber:

Was die Kinderbetreuungsplätze anbelangt und die Zusage dafür, da liegt natürlich der Ball, wenn ich so sagen darf, beim Kollegen Kurt Hohensinner. Was die baulichen Maßnahmen anbelangt, werden wir natürlich schauen, dass wir die Sanierungsmaßnahmen auch im schulischen Bereich natürlich vorantreiben, das gilt natürlich auf jeden Fall unabhängig davon, ob man diese konkret jetzt über dieses Kommunale Investitionsprogramm gefördert bekommen oder nicht.

**6.4 Frage 4: Modellversuch „Deutsch als Schulsprache“
(GR Günter Wagner, FPÖ an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GR Günter **Wagner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Mitglieder des Stadtsenates, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kurt! In den letzten Tagen war ein kleines Bekenntnis von dir zur Notwendigkeit der deutschen Sprache in den Grazer Schulen zu entnehmen. Als Freiheitliche freut es uns natürlich irrsinnig, dass dieses Thema die notwendige Aufmerksamkeit dementsprechend bekommt. Rund die Hälfte der Volksschüler haben eine nicht deutsche Muttersprache und an manchen Schulen sind es auch bereits schon über 90 Prozent. Für eine Integration eben dieser Kinder ist es notwendig, dass auch deutsche Sprache in den Pausen verwendet wird, um auch die Sprachkenntnisse dementsprechend da zu stärken. Und dazu hat es im Februar 2019 auch schon einen mehrheitlich angenommenen Antrag gegeben, und zwar ist es darum gegangen, einen Modellversuch an drei Grazer Schulen eben durchzuführen. Und dementsprechend ergeht an dich folgende

Frage:

Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung des Modellversuchs an den drei von dir ausgewählten Standorten?

Originaltext der Frage:

In den letzten Tagen war aus den Medien Ihr klares Bekenntnis zur Notwendigkeit der deutschen Sprache an den Grazer Schulen zu entnehmen. Wir Freiheitliche freuen uns, dass dieses Thema endlich die notwendige Aufmerksamkeit bekommt. Mehr als die Hälfte der Volksschüler in Graz haben eine nichtdeutsche Muttersprache, an manchen Schulen sind es sogar über 90%. Für die Integration dieser Kinder ist es notwendig sicherzustellen, dass diese Kinder im Schulalltag auch in den Pausen die deutsche Sprache verwenden, um damit ihre Sprachkenntnisse zu stärken.

Tatsächlich gab es bereits in der Gemeinderatssitzung vom 14. Februar 2019 einen dahingehenden dringlichen Antrag. Dieser wurde mehrheitlich angenommen. und Sie wurden aufgefordert, einen Modellversuch durchzuführen, im Rahmen dessen an drei geeigneten Pflichtschulstandorten in Graz Deutsch als Schulsprache umgesetzt wird. Daher ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderats
der Landeshauptstadt Graz:*

Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung des Modellversuchs an den drei von Ihnen ausgewählten Schulen?

StR Hohensinner:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Gemeinderat. Die derzeitige Diskussion ist sehr hitzig geführt und ich möchte da auch ein bisschen eine Versachlichung reinbringen. Wenn sich eine Schule das Bildungsziel setzt, dass Deutsch nicht nur im Unterricht, sondern auch in der Pause in den Mittelpunkt rücken soll, dann ist es aus meiner Sicht zu begrüßen. Es ist aus meiner Sicht aber auch ganz wichtig, dass wir so ein Bildungsziel nicht von oben verordnen, sondern dass sich so ein Bildungsziel jede Schule selbst wählen kann. Das hat natürlich Vorteile, einerseits, dass kein Kind ausgegrenzt ist in der Pause, andererseits bin ich der Meinung, je öfters man deutsch redet, desto flüssiger wird die Sprache, desto schneller kann man auch wirklich die deutsche Sprache voll und ganz aufnehmen. Du sprichst was an, was schon in der letzten Periode gestartet wurde. Da wolltet ihr auch, dass wir das als Pflicht quasi umsetzen. Ich habe immer gesagt, auf freiheitlicher Basis würde ich das gerne einmal ausprobieren, das wurde ausprobiert, es gibt ja auch Beispiele, die Volksschule Andrä und die Mittelschule Oeversee. Oeversee hat ja auch in der Hausordnung quasi den Passus verankert, da habe ich sehr viel Positives gehört, auch speziell von der

Andräschule, da ist auch dieses Interview vom ehemaligen Direktor jetzt in der Kleinen Zeitung abgedruckt worden, und wir haben auch in der letzten Periode in zwei Schulen das auch als Versuch gestartet bzw. die Schuldirektoren haben das auch für sich ausprobiert. Es war in der Mittelschule Puntigam und in der Sportmittelschule im Bezirk Gösting, und ich habe erst diese Woche den Herrn Direktor Glaning bei mir im Büro gehabt und eine Lehrerin von der Mittelschule Puntigam, und beide haben betont, dass das sehr gut funktioniert an ihren Schulen, dass Deutsch der gemeinsame Nenner ist. Wenn in der Pause Kinder mit unterschiedlichen Sprachen zusammenstehen, dann ist eben Deutsch das Verbindende, dort funktioniert es gut, aber sie haben noch einmal betont, dass das wirklich als freiwilliges Bildungsziel in einer Schule gewählt werden muss. Alles, was gesetzlich vorgeschrieben wird, ist schwierig aus meiner Sicht.

GR Günter **Wagner**:

Herzlichen Dank für die ausführliche Antwort und es ist auch sehr erfreulich, dass eben auch dieses Ziel bereits so eintrifft und eine Verbesserung an diesen Schulen stattfindet und auch von den Direktoren und Lehrern da ein positives Feedback kommt. Jetzt habe ich noch eine Zusatzfrage, darf ich somit davon ausgehen, dass du dich jetzt auch im kommenden Jahr dafür einsetzen wirst oder auch freiwillig, die anderen Grazer Schulen diesem Ruf folgen werden und dieses Erfolgsmodell umsetzen werden?

StR **Hohensinner**:

Es gibt ja heute auch einen dringlichen Antrag dazu, und ich kann jetzt auch schon vorwegnehmen, dass wir die Dringlichkeit sehen, aber die Art und Weise, wie man jetzt an diese Herausforderung herangeht, ist eine andere. Wir würden eben anbieten, wenn sich Schulen für dieses Konzept interessieren, dass wir zu jenen Schulen vermitteln, die dieses Konzept schon umgesetzt haben. (*Appl.*)

**6.5 Frage 5: Dauerparkplätze während der Bauzeit der Innenstadtentlastung
(GR Ing. Lohr an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

GR Ing. **Lohr**:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!
Die Bauarbeiten für die Innenstadtentlastungsstrecke nehmen langsam Fahrt auf. Die im Bereich betroffenen Bewohner und Geschäftsinhaber spüren die ersten Auswirkungen dieser Großbaustelle. Unter anderem geht es um die Zufahrtsmöglichkeiten für den KFZ-Verkehr, Geschäfte wiederum klagen über ausbleibende Kunden und Umsatzeinbußen. Eine wichtige Maßnahme zur Abfederung sind Dauerparkplätze in Parkgaragen im Nahbereich. In einer Sonderausgabe der Bürgerinformation, der BIG, wurde ja dankenswerterweise seitens der Stadt auf elf Parkgaragen verwiesen. Man muss dazu sagen, diese liegen allerdings zum Teil weit weg, ich nenne hier die Orpheumgasse, bei zwei Garagen wurde nur eine Warteliste angemerkt und stehen daher fürs dauernde Parken nicht zur Verfügung. Da die Einschränkungen der Baustelle dort zumindest für zwei Jahre andauern werden, sind für die Akzeptanz der Baustelle genügend mietbare Dauerparkplätze für Anrainer, Wirtschaftstreibende und den Arbeitnehmern besonders wichtig. Es ergeht die Anfrage: Sind Sie bereit, die verfügbare Anzahl von freien Dauerparkplätzen und Parkgaragen im Nahbereich der Baustelle für die Innenstadtentlastungsstrecke erheben zu lassen?

Originaltext der Frage:

Die Bauarbeiten für die Innenstadt-Entlastungsstrecke nehmen langsam Fahrt auf. Die im Bereich betroffenen Bewohner und Geschäftsinhaber spüren die ersten Auswirkungen dieser Großbaustelle. Unter anderem ist die Zufahrtsmöglichkeit für den KFZ-Verkehr eingeschränkt, Geschäfte wiederum klagen über ausbleibende Kunden. Eine wichtige Maßnahme zur Abfederung sind Dauerparkplätze in Parkgaragen im Nahbereich. In einer Sonderausgabe der Bürgerinformation (BIG) wurden seitens der

Stadt 11 Parkgaragen angeführt. Diese liegen zum Teil weit weg vom Baustellengebiet. Bei zwei Garagen wurde „nur Warteliste“ angemerkt und sie stehen daher fürs dauernde Parken momentan nicht zur Verfügung. Da die Einschränkungen der Baustelle zumindest zwei Jahre andauern werden, sind für die Akzeptanz der Baustelle genügend mietbare Dauerparkplätze für Anrainer, Wirtschaftstreibende und Arbeitnehmer besonders wichtig.

Es ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Sind Sie bereit, die verfügbare Anzahl von freien Dauerparkplätzen in Parkgaragen im Nahbereich der Baustelle für die Innenstadt-Entlastungsstrecke erheben zu lassen?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Danke, Herr Gemeinderat, für die Frage. Tatsächlich ist die Baustelle ja eine große, die nachvollziehbarerweise für Verunsicherungen sorgt. Aber wir alle wissen, dass da was Gutes rauskommt, ist ja auch einstimmig beschlossen, dass wir die Innenstadtentlastungsstrecke, also die Neutorlinie, bauen. Zu Ihrer Frage, das, was Sie in der BIG gelesen haben und deswegen danke, dass ich es hier auch nochmal erörtern kann, weil man kann es sozusagen vielleicht hier noch einmal vervielfältigen mündlich. Die Erhebung, die man in der BIG lesen konnte, entstammt ja einem Garagengipfel, den wir gemacht haben; also auf meine Einladung hin waren alle Garagenbesitzer, in dem Fall die männliche Form, bei uns im Rathaus im Stadtsenatssitzungssaal zu Gast. Gemeinsam mit dem Straßenamt und der Abteilung für Verkehrsplanung haben wir uns mit ihnen getroffen und das besprochen eben, was die einzelnen Garagenbesitzer anbieten können, das wurde erhoben, nämlich auch, was sie im Vergleich zum Normaltarif, von verbilligten Tarifen, anbieten können und das haben wir in der BIG

publiziert. Es ist auch noch weiterhin nachzulesen auf der Baustelleninformation auf der Graz-Seite unter /Weichenstellung, aber auch unter Holding Graz- /Weichenstellung, wo wir auf einer eigenen Unterseite noch einmal dargelegt haben, welche Garagen aus der Innenstadt verbilligte Tarife anbieten bzw. Dauerparkplätze. Zu den Zonen möchte ich sagen, wir sind absichtlich so weit gegangen und haben sozusagen das breitere Gebiet erhoben und Garagenbesitzer aus dem gesamten Umfeld eingeladen. Weil erstens geht die Baustelle sehr weit, wie Sie wissen, durch die Belgiergasse; also, wenn Sie Orpheum nennen, dann ist es in einer zumutbaren Distanz zu dem, wenn die Baustelle Richtung Belgiergasse geht und dann in die Annenstraße, also auch dort werden dann Menschen Parkplätze suchen, das zum einen. Zum anderen entspricht es den Rayons die wir haben in Bezug auf das Parken im öffentlichen Raum. Es parkt ja auch nicht jeder vor der eigenen Haustüre, auch wenn das manchmal der Anspruch ist, aber die Rayons sind ja so gestaltet, dass man in der umliegenden Entfernung in einer zumutbaren Distanz einen Parkplatz finden kann. Und genau nach dem Muster haben wir die Garagenbesitzer eingeladen und zum gemeinsam Gespräch bzw. zur Erhebung dessen, was sie anbieten können. Insgesamt haben die Gespräche ergeben, dass wir mehr als hundert Dauerparkplätze vergünstigt anbieten können. Ich kann mir mehr wünschen, aber möchte darauf hinweisen, dass die Garagen Privatunternehmen sind und ich bis zum gewissen Grad die Möglichkeit habe, im Dialog zu ersuchen da transparent zu sein und Angebote zu legen, aber nicht jeder möchte gerne preisgeben, wie viel vorhanden ist, aus betrieblichen Gründen bzw. auch weil viele das sehr flexibel gestalten, je nach Jahreszeit und Auslastung, und das ist eben eine privatwirtschaftliche Sache. Also je mehr wir darüber reden und vielleicht kommen auch Angebote, und ich bin natürlich bereit und wir sind in regelmäßigem Austausch. Das Treffen hat ja auch dem gedient, dass die Garagenbesitzer eine Information über den Baustellenablauf bekommen und wir sind noch immer im Austausch, also die Frau Bürgermeisterin hat erst letzte Woche den Besitzer der Garage vom Andreas-Hofer-Platz getroffen, also der Austausch besteht ja.

GR Ing. **Lohr**:

Danke für Ihre Beantwortung, da heißt es wieder, beim Reden kommen die Leute zusammen, das ist ein guter erster Schritt, muss ich sagen, der Ihnen da gelungen ist. Jetzt klingen hundert Parkplätze einmal nicht allzu viel, aber wie gesagt, als ersten Schritt nehme ich das gerne mit und wie gesagt, wir haben ja heute auch eine Festsitzung einer Grazer Größe der Automobilbranche gehabt und ich würde jetzt dann ungern nach dem heutigen Tag auch zu den Anrainern gehen und sagen, aber für Parkplätze haben wir kein Anliegen, das wird immer schwieriger. Vor allem steht ja die Verteuerung auch der städtischen Kurzparkzonen ins Haus, also das würde sich damit schwer verbinden lassen. Wir werden uns ja auch noch mit Maßnahmen heute bei einem dringlichen Antrag beschäftigen. Aber ich frage dann jetzt einmal in diese Richtung weiter: Überlegen Sie eben weitere Unterstützungsmaßnahmen wie eben, dass sich die Anrainer dann Kosten ersparen können, ob es da eine Art Zuzahlung geben kann in Zukunft oder ich denke auch an die Kunden, ob Sie da ein Gratisparken für Kunden der innerstädtischen Betriebe ermöglichen können? Sehen Sie da Chancen, dass die Stadt Graz was zuschießt?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Danke für die Frage, aber die würde ich an Herrn Finanzstadtrat richten. Wir wissen, dass die Budgetsituation angespannt ist. Klar, wir müssen da jetzt durchtauchen, das ist keine leichte Phase, aber gerade die Anrainer:innen interessanterweise sind jetzt ganz zufrieden, weil die finden jetzt wieder Parkplätze durch das komplizierte System, also auch die Rückmeldungen gibt es, also das sind die Effekte, die so eine Baustelle auch hat. Wie gesagt, wir sind in Dauerkommunikation und Austausch mit Unternehmer:innen, so eben auch zu den Garagenbesitzer:innen, alles, was da noch kommt, nehmen wir auf, werden wir in die Homepage einspeisen und transparent machen. Alles, was es an Möglichkeiten gibt, werden wir den Menschen bieten.

Aber am Ende kommt eine Straßenbahn durch die Neutorgasse und diese Straßenbahn wird natürlich die Frequenz dort erhöhen und einen extremen Mehrwert haben für alle ansässigen Unternehmer:innen und auch für die Anrainer:innen.

**6.6 Frage 6: Beteiligung arbeitender Menschen im Behindertenbereich an der Grazer Inklusionsstrategie
(GR Ulrich, KPÖ an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GR Ulrich:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher an der Galerie und ganz besonders lieben Gruß an meine Arbeitskolleg:innen von der Lebenshilfe, die gerade im Livestream zuschauen.

Graz bekommt eine neue Inklusionsstrategie, das ist gut, das ist prima, das unterstützen wir gerne, sind wir gern dabei. Diese ersten Eckpunkte, Eckpfeiler der Inklusionsstrategie, die sind uns jetzt beim Behindertenbeirat, bei den Murinselgesprächen und auch in den Ausschüssen präsentiert worden. Und da ist neben Strategieentwicklung, Zielorientierung, was alles dazugehört, eben auch der Beteiligungsprozess zur Sprache gekommen. Da sind Politikerinnen, Politiker, Expertinnen, Experten und natürlich, ganz wichtig, auch die Selbstvertreter:innen dabei. Und da wird erstaunlicherweise eben eine wesentliche Gruppe in Bezug auf die Mitarbeit nicht erwähnt, und zwar die Gruppe, die jeden Tag dann vor Ort diese Inklusionsstrategie ja umsetzen müssen, und das sind halt wir Betreuer:innen, Arbeiter:innen, Begleiter:innen, die halt mit Menschen mit Behinderung vor Ort das nachher umsetzen. Und ganz ehrlich, Kurt, du bist Behindertenbetreuer, ich bin Behindertenbetreuer, wir haben halt das Glück, dass wir in politischen Funktionen sind, wo man Einfluss nehmen kann, viele unserer Kolleg:innen sind halt nicht in diesen Positionen. Und ich denke mir, stell dir einmal vor, es würde ein Bildungskonzept verabschiedet zwischen Politikern, Experten und Schüler:innen, ohne die Lehrer:innen einzubinden, ich gehe einmal davon aus, dass die alte Gewerkschaftslegende Fritz

Neugebauer die ganze Republik auf den Kopf gestellt hätte. Auf den Kopf wollten wir die Republik noch nicht stellen, noch nicht, aber gerade in Zeiten wie diesen, wo sowohl die Pflege als auch im Sozialbereich eben viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Handtuch werfen, muss halt auch unsere Stimme gehört werden, wenn so ein wichtiges Projekt ansteht. Vor allem weil es halt um ganz wesentliche Aspekte unserer zukünftigen Arbeit geht. Und eine gelingende Inklusionsstrategie liegt uns ja allen am Herzen, darum sollten halt auch alle daran beteiligt sein. Und deshalb meine Frage, bist du bereit, für die weitere Entwicklung der Inklusionsstrategie auch im Berufsleben stehendes Betreuungspersonal am Prozess zu beteiligen? Danke.

Originaltext der Frage:

In der Sitzung des Grazer Behindertenbeirates am 8. März 2023 wurden den Anwesenden die ersten Eckpfeiler der Inklusionsstrategie präsentiert. Neben der Zielsetzung, der Strategieentwicklung und der Zielorientierung, kam man auch kurz auf den Beteiligungsprozess zu sprechen. Dieser solle angeblich möglichst breit aufgestellt sein und sieht in dem zur Verfügung gestellten Präsentationspapier grob vier sogenannte „Stakeholder“ vor. Die Selbstvertreter:innen, die Trägervereine, den Beirat der Stadt Graz für Menschen mit Behinderung und den Beirat für Bürger:innenbeteiligung.

Erstaunlicherweise fand aber eine für die Umsetzung ganz wesentliche Gruppe keinerlei Erwähnung in Bezug auf die Mitarbeit. Nämlich die Menschen, welche als Betreuer:innen, Arbeiter:innen und Begleiter:innen Tag für Tag bei den Menschen mit Behinderungen vor Ort letztendlich für die Umsetzung der Strategie sorgen sollen. Auch wenn sie theoretisch über die Hintertür des Beirates für Bürger:innenbeteiligung teilnehmen könnten, so ist deren explizite Nichterwähnung ein Schlag ins Gesicht und kann durchaus als Geringschätzung des gesamten Berufsstandes aufgefasst werden.

Gerade in Zeiten wie diesen, wo sowohl im Pflege- als auch im Sozialbereich viele Mitarbeiter:innen das Handtuch werfen, muss deren Stimmen und Meinungen Gehör finden. Vor allem wenn es ganz wesentliche Aspekte ihrer zukünftigen Arbeit betrifft.

Eine gelingende Inklusionsstrategie liegt uns allen am Herzen, darum sollten auch alle daran beteiligt werden.

Frage:

Bist du bereit bei der weiteren Entwicklung der Inklusionsstrategie auch im Berufsleben stehendes Betreuungspersonal am Prozess zu beteiligen?

StR Hohensinner:

Lieber Philipp, ich glaube, das ist gut, dass zwei vom gleichen Beruf hier im Gemeinderat tätig sind, da bringen wir wahrscheinlich mehr weiter. Ich korrigiere dich nur sehr ungern, aber es ist nicht eine neue Inklusionsstrategie, sondern es ist die erste Inklusionsstrategie, die es überhaupt in der Stadt Graz gibt. Und um die Spannung ein bisschen herauszunehmen, wir werden deinem Wunsch natürlich nachkommen. Der Michi Ehmann hat es auch schon im Sozialausschuss unterstützt und auch bestätigt, dass das überhaupt kein Problem ist. Wir möchten möglichst viele Menschen auf dem Weg zu dieser Strategie mitnehmen. Ich war schon gespannt, welchen Vergleich du jetzt nimmst, weil zuerst der eine Vergleich war etwas hinkend, jetzt nimmst du den Schulbereich, der hinkt auch ein bisschen, weil ich bin ja eben sehr lange in der Arbeit mit Menschen mit Behinderung, diese mit Kindern zu vergleichen, das ist immer ein bisschen schwierig. Ich weiß, du machst es nicht, aber in der Schule, das ist ein bisschen etwas anderes. Trotzdem werde ich gerne auch Berufsgruppen mitnehmen, meine Zusicherung hast du, das werden wir machen, und ich freue mich, dass ich überhaupt kurz Stellung beziehen kann. Weil wenn du nicht immer so nachfragen würdest, würden vielleicht viele gar nicht wissen, dass wir eine Inklusionsstrategie jetzt gerade erarbeiten und die Zielsetzung ist, dass wir als Vision, weil das ist von heute auf morgen umzusetzen, wir wollen alle Lebensbereiche für alle Menschen zugänglich machen, egal, ob sie eine Behinderung haben oder nicht. Wir wollen eine Richtschnur ausarbeiten und wir wollen jetzt nicht nur den anderen Gebietskörperschaften

ausrichten, was sie alles zu erledigen haben, sondern wir wollen schauen, wo kann die Stadt Graz selbst Schritte setzen und genau das werden wir jetzt ausarbeiten. Was die Beteiligungen betrifft, da haben wir umfassend schon Gruppen und Menschen mitgenommen. Wir haben einen Behindertenbeirat, ist im Beirat für Menschen mit Behinderung berichtet und diskutiert, wir haben die Abteilungsleiterinnen und -leiter miteinbezogen, alle Stadträte wurden von mir persönlich per Mail informiert, der Magistratsdirektor ist mit an Bord, das ist ja auch ganz wichtig, der Sozialausschuss wurde vorgestern informiert, gestern hatten wir das Murinselgespräch inklusiv, was, glaube ich, sehr gut gelaufen ist. Es waren so rund 30 bis 50 Personen dabei. Wir werden jetzt viermal im Jahr zu einem solchen Gespräch laden, ich glaube, das ist vernünftig, dass man nicht nur hier im Gemeinderat über Anliegen von Menschen mit Behinderung diskutieren, sondern dass wir mit Ihnen gemeinsam diskutieren, also diese Zielsetzung gibt es von meiner Seite und ich möchte zum Schluss noch einen Dank anfügen an Manfred Eber, der ist jetzt nicht da, der hat als Stadtrat gleich einmal rückgemeldet, dass die Bau- und Anlagenbehörde gerne bereit ist, hier zu kooperieren und ich bedanke mich natürlich bei allen, die jetzt aktiv mit dabei sind, im Sozialamt beim Wolfgang Palle, beim Zentrum für Sozialwirtschaft beim Didi Ogris, es ist von Anfang an ein Selbstvertreter mit dabei gewesen von Selbstbestimmt Leben, der Bernhard Alber ist mit dabei und der Verein Wegweiser. Ein herzliches Dankeschön, bitte einen Applaus für alle, die hier mitarbeiten. *(Appl.)*

GR Ulrich:

Nachdem du mich korrigiert hast, möchte ich da auch ein bisschen eine Korrektur anbringen, weil ich hab keine Menschengruppen miteinander verglichen, sondern Beteiligungsprozesse miteinander verglichen. Grundsätzlich, Kurt, jedes Mal, wenn ich hier in der Fragestunde stehe und eine Anfrage an dich gerichtet habe, sind die im Normalfall tatsächlich alle umgesetzt worden, also gebe ich dir hier natürlich einen Vertrauensvorschuss. Danke. *(Appl.)*

**6.7 Frage 7: 17 Grüne Meilen für Graz
(GR Brandstätter, ÖVP an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

GR Brandstätter:

Werter Stadtsenat, hoher Gemeinderat, liebe Zuseherinnen und Zuseher, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Im Wahlkampf war es unter anderem ein bestimmendes Thema der Grünen Fraktion, 17 Grüne Meilen für Graz zu fordern. Im Wahlkampf ist auch davon gesprochen worden, dass in jedem Bezirk in Graz eine solche Grüne Meile verwirklicht werden soll. Im Regierungsprogramm war jetzt nur mehr nachzulesen, dass das Projekt Grüne Meilen umgesetzt werden soll, das heißt, es gibt zum jetzigen Zeitpunkt leider keine näheren Informationen darüber, in welcher Art und Weise dieser Prozess stattfinden soll, auf was sich die Bürgerinnen und Bürger ja einstellen müssen und vor allem in welchem Zeithorizont hier auch eine Umsetzung geplant ist. Für mich ist die Darstellung im Regierungsprogramm auch die Frage, ob das nicht schon ein Eingeständnis dafür ist, dass man eigentlich gar nie wirklich fordert, das auch in diesem umfassenden Rahmen umzusetzen und vor allem, glaube ich, würde es ganz viele Bürgerinnen und Bürger interessieren, wo denn diese Grünen Meilen umgesetzt werden sollen. Auch wenn es mir nach der Geschäftsordnung, wie der Magistratsdirektor ja letztens ausgeführt hat, nicht zusteht, eine konkrete Antwort auf meine konkreten Fragen zu bekommen, würde ich trotzdem darum bitten, dass wir ganz konkret darüber reden können, welche Straßenzüge hier tatsächlich betroffen sind. Und deswegen darf ich Ihnen die Frage stellen, welche Straßenzüge können Sie für diese 17 Grünen Zeilen benennen? (*Appl.*)

Originaltext der Frage:

Im Wahlkampf wurden von Ihnen 17 Grüne Meilen (eine für jeden Bezirk) angekündigt. Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, in Ihrer Zuständigkeit als Stadträtin für Stadtplanung die

Frage:

Welche Straßenzüge können Sie für die im Wahlkampf angekündigten 17 Grünen Meilen benennen?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Herr Gemeinderat, ich gebe gerne konkrete Antworten auf solche Fragen, ist auch eine wichtige Frage, und die Schaffung von Grünen Meilen im städtischen Raum ist mir ein riesiges Anliegen, das ich gemeinsam mit allen Abteilungen konsequent verfolge, mit Unterstützung der Abteilungen. Überall dort, wo wir quasi Straßenraum neu gestalten, wird auch gleichzeitig geprüft, ob dort eine Grüne Meile möglich ist. Was ist eine Grüne Meile? Vielleicht das noch einmal, um es verständlich zu machen: Da geht es darum, eben Begrünung, Straßenbegrünung, also die Aufenthaltsqualität zu heben durch Bäume, aber auch andere Pflanzen, durch Bankerl, Sitzgelegenheiten eben, durch Wasser, der Schatten, das Wasser soll den Straßenraum aufwerten, es soll vor allem das Ganze dem Klimawandel anpassen. Wir haben ja eine Klimawandelanpassungsstrategie und die Grünen Meilen, also die Schaffung von Schatten, Begrünung im Lebensraum, entspricht ja der gemeinsamen im Gemeinderat, ich nehme an, einstimmig, wenn ich mich erinnere, beschlossenen Klimawandelanpassungsstrategie. Also eine Grüne Meile ist öffentlich nutzbar, ist für alle da, ist ein Stück bessere Straßenqualität, entspricht den Bedürfnissen vor allem auch der Fußgänger:innen, ist grüner und gemütlicher als normale Straßen, ist klimafit, ist im Idealfall verkehrsberuhigt, ist sicher, ist noch immer etwas Besonderes und soll aber zum Standard werden. Warum ist das wichtig? Der Klimawandel schreitet voran und wir müssen unsere Lebensqualität in den Städten heben bzw. sicher machen. So, jetzt haben wir 16 Monate, und ich kann Ihnen jetzt einmal neun konkrete Grüne Meilen nennen, die in Ausarbeitung, in Planung oder bereits im Umsetzen sind in 16 Monaten in neun Bezirken. Entschuldigung, ich kann Ihnen 11 nennen in neun Bezirken, um auf die Bezirksfrage einzugehen. Das ist zum einen die Domenico-dell'Allio-Allee im Bezirk Eggenberg, das ist die Grünachse Reininghaus, südlich anschließend an den Reininghauspark, wurde fertiggestellt 2022. Das ist die

Zinzendorfgasse, über die Zinzendorfgasse muss ich jetzt, glaube ich, wenig erzählen, ist aber ein lang gewünschtes Projekt von den Unternehmer:innen und den Anrainer:innen vor Ort und ist eine enorme Straßenaufwertung, die wir zur Begegnungszone mit Bäumen und Sitzelementen und hoffentlich in der Folge dann auch mit Wasser machen. Drittens, am Schleifbach/Zeilergasse/Floßlendplatz bis zum Kalvarienberggürtel, Bezirk Lend, wird etappenweise umgesetzt, 2022 haben wir mit der ersten Umsetzung am Schleifbach begonnen und es wird sich quasi durchziehen und dann eine Grüne Meile sein. Wir haben den Bezirk Eggenberg, die Straßganger Straße, Reininghausstraße werden wir fertigstellen im Frühjahr 2023 als straßenbegleitenden Pocketpark und eben den ganzen Straßenzug verbessern. Wir haben den Leonhardgürtel, viele kennen das Stadtbaumforschungsprojekt dort, es wurde insgesamt der Straßenraum ausgeweitet und wird im Anschluss daran an den Fuß- und Radweg am Leonhardbach entlang eine Grüne Meile. Wir haben die Kaiserfeldgasse, die im Zusammenhang jetzt mit der Neutorviertelattraktivierung, im Zusammenhang mit der Neutorlinieumgestaltung passieren soll, dasselbe gilt für die Schönaugasse, die beiden Straßen sind in Planung. Wir haben die Köflacher Gasse, vom Park & Ride der GKP weg bis zur Kreuzung Eggenberger Straße, da sind in den letzten Jahren 28 Bäume gesetzt worden, jetzt ergänzen wir das Ganze mit einem Pocketpark, der aufgestellt wurde in der Kurve dort, und das wird jetzt komplementiert mit sechs neuen Bäumen bis zur Kreuzung. Und auf der Siemens-Seite werden die Parkstreifen, also dahinter, hinter der Siemensanlage, gesperrt, begrünt und bepflanzt plus fünf neue Bäume. Das verbindet quasi dann Reininghaus und Smartcity und wird zur Grünen Meile. Wir haben die Lastenstraße, Bezirk Lend, beim Bahnhofgürtel, war hier Thema im Gemeinderat, also die sind ja auch alles immer Themen im Gemeinderat, die Straßenzüge, und werden dann, sobald sie beschließbar sind, auch hier dankenswerterweise so gut wie, eigentlich jetzt immer, einstimmig beschlossen. Also Lastenstraße, als Verbindungsstraße zwischen Bahnhofgürtel und Peter-Tunner-Gasse, die mit dem Radwegeausbau im Zusammenhang passiert, mit Bepflanzung eine grüne Achse geschaffen, also 27 Bäume sorgen dort für Schatten. Wir prüfen gerade die Andritzer Reichsstraße im Bereich Andritzer Hauptplatz, das war im Stadtsenat ein

Stück. Ich kann Ihnen das sonst schriftlich weitergeben wegen der Zeitüberschreitung. Sie sehen, ich kann noch weiter fortsetzen, aber Ihnen sonst auch schriftlich gerne geben, aber es ist sehr konkret. (Appl.)

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich kann es bestätigen, ich sehe, dass die Liste noch länger ist, aber wir haben da jetzt nicht mehr Zeit.

GR Brandstätter:

Danke vielmals für die ausführliche Antwort. Ich freue mich über die Zusage der Schriftlichkeit, dann können wir das noch einmal genau nachlesen, vielen Dank dafür. Ich freue mich auch, dass Sie definiert haben, was eine Grüne Meile aus Ihrer Sicht ist. Was, glaube ich, für mich jetzt klar wird, ist erstens, dass da Bäume und Grünraum geschaffen werden soll, das passiert im ersten Schritt in der Zinzendorfgasse nur sehr dürftig, aber dazu vielleicht später mehr. Was es aber auch Gott sei Dank ist in Ihrer Definition, eine Meile ist keine 1,4 km, weil die Zinzendorfgasse hat zum Beispiel nur 350, andere Straßenzüge, die Sie genannt haben, auch. Aber wenn wir diese Definition heranziehen, haben wir jetzt ganz viele Projekte, die auch schon unter Vorgängerregierungen schon ins Leben gerufen wurden, als Grüne Meilen bezeichnen können, weil es jetzt auf einmal Bäume dort gibt, dann werden wir die 17 vielleicht in dieser Periode auch tatsächlich erreichen. Das ist grundsätzlich erfreulich. Was nicht so erfreulich ist, ist der Beteiligungsprozess, wie er in der Zinzendorfgasse stattgefunden hat und ich möchte da nur aus der Bevölkerung vielleicht ein, zwei Zitate zum Besten geben: „Wir wussten bis zum ersten Treffen im RESOWI-Zentrum von rein gar nichts und wurden von einer selbstlosen, präpotenten Art der Vortragenden mit einer Vorentscheidung hinter unserem Rücken überrascht. Viele Gespräche danach, oh Wunder, wir haben ja alles hinterfragt und nur Positives retour bekommen, so wurden mir mehrere Male belogen. Man sollte die positiven Befürworter namentlich und die

Kombination ihres Nutzens vorstellen.“ Ein anderer Mitbürger schreibt: „Festzuhalten ist, die Bürgerbeteiligung war wohl nur ein Marketinggag, um uns glauben zu lassen, wir könnten etwas mitzustimmen. Festzuhalten ist aber, dass es uns nie erlaubt wurde, über die Begegnungszone überhaupt oder die Parkplätze selbst abzustimmen.“ Da gibt es viele Rückmeldungen aus der Bevölkerung und für mich gibt es eine wesentliche Frage, weil wir auch in Zukunft Grüne Meilen umsetzen wollen, nämlich, wie Sie sicherstellen werden, dass bei zukünftigen Bürgerbeteiligungsprozessen solche Rückmeldungen aus der Bevölkerung, dass man entweder gar keine Information oder keine hinreichende Information bekommen hat, hintangehalten werden können?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Werter Herr Gemeinderat! Sie haben jetzt zwei Rückmeldungen zitiert ...

*Zwischenruf GR **Brandstätter**: Ich hätte auch noch mehr dabei.*

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

... und ich kenne die Bürger:innen alle beim Namen und werde sie hier nicht nennen, die schreiben auch mir. Und wäre jemand von Ihnen dort gewesen, hätten Sie von Anfang an gesehen, dass das ein vorbildlicher, umfassender Beteiligungsprozess war, und ich möchte es nicht, vor allem nicht auch auf der unfassbar professionellen Umsetzung des Stadtlabors sitzen lassen, dass es diese Unterstellungen gibt. Es waren von Anfang an in mehrfachen Runden alle eingebunden, die da waren. Hätten das manche ernster genommen, dann hätten sie sich vielleicht besser beteiligt, dann hätten sie auch gehört werden können. Es gibt Aufstellungen von den Wünschen, ich habe es letztens schon im Gemeinderat auch aufgeschlüsselt, was da alles im Raum war und was alles an Wünschen der Anrainer:innen und der Gewerbetreibenden dort berücksichtigt wurde. Also besser geht's nicht, oder Sie zeigen es mir, wie es besser

geht, wie man Bürgerbeteiligungsverfahren besser macht mit einem großen Auftakt auf der Uni, mit einem Abschluss auf der Uni und zig Treffen in der Zinzendorfsgasse in mehreren Lokalen und auch mit Informationen während des Zinzengrinsens usw., das ist das eine. (Appl.) Außerdem: Das sind professionelle Mitarbeiter:innen der Stadt Graz, die sich dort hingestellt haben und es erklärt haben, was da passiert. Und zu sagen, das ist präpotent und hier wurde gelogen, das sind wirklich sagenhafte Unterstellungen, die ich so nicht sitzen lassen möchte, weil da sind wahnsinnig viele Leute beteiligt in der Verkehrsplanung, in der Stadtplanung, in der Abteilung für Grünraum und Gewässer, und da irgendjemandem Präpotenz zu unterstellen und Lüge, das halte ich für wirklich, eigentlich unglaublich. Und das ist ihrer nicht würdig. (Appl.)

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Wir kommen jetzt zur nächsten Frage, da würde ich Folgendes noch vorschlagen: Wenn man vielleicht auf den Motivenbericht verzichtet, könnte man zwei Fragen zusammenziehen, damit es sich zeitlich noch ausgeht oder zumindest ganz kurz, es geht jeweils um die Sicherung von Kindergartenplätzen, beide Male Frage an Herrn Stadtrat Hohensinner. Als Nächste Frau GRⁱⁿ Wutte, und die gleiche Frage oder ähnlich ist die von der von der Kollegin Herlicska, aber bitte ganz kurz, weil sonst geht sich das nicht aus.

6.8 Frage 8: Kindergartenplatz-Vergabe (GRⁱⁿ Wutte, MA, Grüne an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)

GRⁱⁿ **Wutte**:

Herzlich willkommen, lieber Kurt, auch liebe Gäste, die zahlreich auf der Galerie sind. Wir fassen uns kurz. Es wäre halt super, wenn einfach alle die Redezeiten bei den

Fragen einhalten, weil dann einfach mehr Leute drankommen können. Es geht um ein anderes, aber nichtsdestotrotz sehr wichtiges Thema, nämlich um die Platzvergabe in den Grazer Kindergärten. Wir wissen, die Situation ist angespannt, weil es wenig Personal gibt. Wir haben von Seiten der Koalition einiges getan, um die Situation an den städtischen Kindergärten zu verbessern, dennoch ist es gerade nicht leicht für Eltern, einen Platz zu kriegen. Es geht mir jetzt um einen konkreten speziellen Fall, der in deinem Büro auch vorliegt, er ist jetzt schon in der Zeitung auch vorgekommen und ich hoffe wirklich sehr, dass wir da eine Lösung finden können. Da geht es um ein Kind, das sechs Jahre ist, vom Alter her schulpflichtig ist, aber noch nicht schulreif, wurde von der Schulärztin so gesehen und auch von einer Psychologin. Was nicht gut gelaufen ist in der Situation, war, dass der Kindergarten einfach in dem Glauben war bis März, dass das Kind weiter im Kindergarten bleiben kann, weil es davor immer die Praxis war und erst im März vom ABI eben die Rückmeldung kam, das ist nicht mehr möglich aufgrund fehlender Plätze und das Kind soll eben jetzt im Herbst in die Schule gehen. Jetzt ist aber die Anmeldung für die Schulen schon vorbei, was bedeutet, dass die eben auch keinen Platz mehr in ihrer Wunschschule bekommen, und das ist eine total unzufriedenstellende Situation, zu spät kommuniziert, und fürs Kind wäre es natürlich einfach auch von Vorteil, wenn es länger im Kindergarten bleiben könnte. Das ist kurz geschildert die Situation und ich richte die Frage an dich, welche Lösung bietest du eben dieser einen Familie, aber auch allen anderen betroffenen Familien, die sich vielleicht nicht so stark öffentlich äußern, aber es sind mehrere betroffen, konkret an?
(Appl.)

Originaltext der Frage:

Die Situation in den Grazer Kindergärten ist aufgrund des Personalmangels nach wie vor angespannt. Das kann jedoch nicht erklären, warum Eltern über Monate in dem Glauben gelassen werden, einen Platz zu bekommen und dann sehr spät erst über die tatsächliche Vergabe informiert werden.

Konkret geht es bei dem Fall, der auch deinem Büro vorliegt, um eine Mutter, die

aufgrund einer leichten Entwicklungsverzögerung ihres Sohnes einen verlängerten Verbleib im Kindergarten anstrebte. Der Sohn ist 6 Jahre und damit schulpflichtig, wurde aber sowohl von einer Schulärztin als auch von einer spezialisierten Psychologin als nicht schulreif diagnostiziert. Der Mutter wurde auch vonseiten des Kindergartens erklärt, dass sie in diesem Fall bei der Bildungsdirektion um „häusliche Beschulung“ ansuchen sollte und der Sohn dann einfach noch ein Jahr länger im Kindergarten bleiben könne. Anfang März, nachdem also sowohl die Online-Anmeldung für einen Schulplatz als auch die Schuleinschreibung bereits vorbei waren, bekam der Kindergarten vom ABl die Information, dass 6-jährige Kinder ab sofort nicht mehr verlängert den Kindergarten besuchen dürfen.

Die Mutter ist nun wirklich verzweifelt, zumal sie auch in ihrer Wunschschule keinen Platz mehr bekommt und nur mehr auf Restplätze in Schulen zurückgreifen kann. Außerdem erscheint es nicht nachvollziehbar, dass auch bei klarer ärztlicher Empfehlung ein Kind nicht - wie früher gehandhabt – verlängert im Kindergarten bleiben darf.

Deswegen richte ich folgende

Frage

an dich:

Welche Lösung bietest du den betroffenen Familien, die keinen Kindergartenplatz erhalten haben, an?

6.9 Frage 9: Betreuungssicherheit für Kinder, die schulpflichtig, aber nicht schulreif sind (GRⁱⁿ Herlicska, KPÖ an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)

GRⁱⁿ Herlicska:

Vielen Dank, dass das jetzt noch möglich ist, danke auch Manuela. Ich muss jetzt zum Motiventext gar nicht mehr viel dazusagen, es ist alles gesagt worden und daher meine Frage an Sie, Herr Stadtrat, sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass Grazer Kinder,

die zwar schulpflichtig, aber nicht schulreif sind, ein weiteres Jahr in ihrer gewohnten Betreuungseinrichtung bleiben können, wenn das für die Kinder und die Eltern und die Einrichtung so als sinnvoll erachtet wird? Vielen Dank.

Originaltext der Frage:

Kinder, die bereits schulpflichtig sind, aber noch nicht schulreif, profitieren in ihrer Entwicklung oft daraus, noch ein weiteres Jahr in ihrem gewohnten Kindergarten verbringen zu dürfen. Betroffenen Familien wurde durch die ABI empfohlen, die Kinder vorerst in der Wunschsule anzumelden. Nach ärztlicher Begutachtung und einem Gespräch mit der jeweiligen Schulleitung über die Schulreife, sollten die Kinder dann mit der Anmeldung zum häuslichen Unterricht in ihrem Kindergarten bleiben dürfen. Während im Herbst noch davon ausgegangen werden konnte, dass die Kinder noch ein Jahr im gewohnten Kindergarten bleiben, wurde den Kindergärten nun im März vom ABI-Service mitgeteilt, dass dies aufgrund von Personalmangel nicht mehr möglich sein wird.

Nun stehen die Eltern natürlich vor der Situation, weder einen adäquaten Betreuungsplatz noch Betreuungssicherheit für das kommende Schuljahr zu haben.

Frage

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass Grazer Kinder, die zwar schulpflichtig aber nicht schulreif sind, ein weiteres Jahr in ihrer gewohnten Betreuungseinrichtung bleiben können?

StR Hohensinner:

Liebe Frau Gemeinderätinnen, das ist ein wichtiges Thema, danke für die Frage. Die Schuleingangsphase ist für Familien sowieso eine Herausforderung, überhaupt dann auch, wenn ein Kind entwicklungsverzögert ist oder eine Behinderung hat. Um das

noch ein bisschen näher zu erklären: Alle Kinder, die vor dem 1. September das sechste Lebensjahr vollenden, sind quasi angehalten, auch in die Schule zu gehen, das ist grundsätzlich so die Vorgehensweise. Die Direktorin schaut auch, ob die Schulreife vorhanden ist. Wenn die Schulreife nicht vorhanden war, früher hat es die Möglichkeit einer Vorschulklasse gegeben, diese Vorschulklassen gibt es nicht mehr. Jetzt gibt es die Möglichkeit, dass Kinder, die entwicklungsverzögert sind, einfach länger in der Volksschule sind, das ist ein sehr inklusiver Ansatz. Es gibt aber auch die Möglichkeit, dass man um den häuslichen Unterricht ansucht und dann schauen wir über die Abteilung, gibt es die Möglichkeit oder gibt es keine Möglichkeit? Wir schauen uns da wirklich Fall für Fall an, was auch für die Familie, für das Kind, eine gute Lösung ist im Rahmen der Möglichkeiten, das wurde auch schon angesprochen. Obwohl wir einige Punkte schon gesetzt haben, um zu mehr Personal zu kommen, haben wir nach wie vor einen Personalengpass. Das heißt, es kommen von unten, also jüngere Kinder kommen nach und wollen natürlich auch einen Platz haben und wir haben wir jetzt auch, und das ist eh heute in der Kleinen Zeitung schon gestanden, quasi immer mehr Eltern, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Jetzt müssen wir einfach schauen, welche Familien sind auch in der Schule gut aufgehoben, auch wenn die Schulreife noch nicht vorhanden ist, mit allen Unterstützungsmaßnahmen und bei welchen Kindern ist es noch möglich, dass wir einen Kindergartenplatz auch mit IZB und all den Begleitmaßnahmen bereitstellen. Der angesprochene Fall von der Manuela Wutte, da haben wir noch nicht endgültig entscheiden können. Wir werden mit der Familie noch daran arbeiten, was die beste Lösung ist, was wir im Rahmen der Möglichkeiten noch bereitstellen können. Aus meiner Sicht kann ich das zusichern. Im Allgemeinen, das hat die andere Kollegin gefragt, ob ich mich einsetze. Ja, aber es gibt halt auch das Konzept, dass in der Volksschule die Kinder unterschiedlich begleitet werden, wo sie gerade stehen, mit Unterstützungsmaßnahmen, das ist der inklusive Ansatz. Eine andere Möglichkeit wäre, dass wir auch wieder Vorschulklassen da oder dort einsetzen. Ich habe mit dem Michi Ehmann gerade vorher geredet, der hat ja auch gestern beim Murinselgespräch seine Erfahrungen geschildert und auch er hat gesagt, da oder dort wäre vielleicht eine Vorschulklasse auch ein sinnvolles Modell, aber da

streiten sich auch die Inklusionsspezialisten, ob das dann ein inklusives Modell ist oder nicht. Aber ich nehme mich wirklich ganz intensiv diesen Herausforderungen an.

(Appl.)

GRⁱⁿ Wutte:

Wir haben beide noch Zusatzfragen. Also das sind alles gute Lösungsansätze, die du jetzt geschildert hast im Allgemeinen. Ich möchte nur trotzdem nochmal jetzt auf die konkreten Fälle zurückkommen, weil was mich einfach an der Situation stört, ist, dass alles, was du beschrieben hast, Personalengpass, auch Reduktion der Gruppengrößen von 25 auf 24 Kinder in Kindergärten, das wissen wir alles seit Herbst und ich finde, es wäre schon wichtig gewesen, die Kindergärten, und damit die Eltern, frühzeitig zu informieren, wie es jetzt aussieht in solchen Situationen. Und eben die konkrete Mutter hat ja wirklich bis März gedacht, dass das überhaupt kein Problem sein wird, hat sich gekümmert um alle Befunde und hat vom Kindergarten immer die Rückmeldung bekommen, ja, das haben wir immer so gemacht in solchen Situationen, das Kind wird einfach länger im Kindergarten verbleiben können. Nur dass man irgendwie versteht, dass das kommunikativ nicht gut gelaufen ist, und wenn jetzt noch Restplätze für die Leute da sind, also die wird schon irgendwo unterkommen, aber es ist einfach nicht optimal jetzt gerade für ein Kind mit einer Entwicklungsverzögerung und für die ganze Familie ist es ein großer Stress. Deswegen meine Zusatzfrage: Für die betroffenen Familien, die jetzt aufgrund dieser nicht optimalen Kommunikation in der Situation waren, dass sie über Monate gedacht haben, sie werden im Kindergarten bleiben können und jetzt können sie es aber nicht, ob du da wirklich bereit bist, für diese Fälle jetzt die Lösung zu finden, die ihnen auch ursprünglich zugesichert war, dass sie im Kindergarten verbleiben können?

GRⁱⁿ Herlicska:

Dankeschön. Eine kurze Zusatzfrage auch noch, und zwar im Hinblick, es wird ja auch nächstes Jahr, im kommenden Schuljahr und in dem darauffolgenden, Kinder geben, bei denen es wieder notwendig sein wird, genauer hinzuschauen, was wirklich sinnvoll ist. Wie wollen Sie sicherstellen, dass dann die Kommunikation von Anfang an besser laufen wird, als es im heurigen Jahr gelaufen ist?

StR Hohensinner:

Also zu Punkt eins, das wäre unseriös, wenn ich jetzt Einzelfälle hier entscheide vom Stadtregierungspult aus, da stehen Ärzte dahinter, da stehen Bildungsmitarbeiter dahinter, ich kann mich nur einsetzen dafür, das einmal zur ersten Frage. Und zur anderen Frage: Es gibt eben zwei Möglichkeiten; die eine Möglichkeit, und die wurde von der Grünen Fraktion vor allem immer eingefordert, dass die Vorschulklassen abgeschafft werden, dass alle Kinder quasi einen gleichen Schuleinstieg bekommen, dass sie nicht von Anfang an einen starken Nachteil haben. Ich habe gerade in der Woche viele Diskussionen über die Inklusion geführt und da wurde das als Nachteil auch empfunden, wenn Kinder nicht in die erste Klasse kommen, sondern in die Vorschulklassen. Ich hätte nicht so das Problem, weil wenn ein Kind die Möglichkeit bekommt, ein bisschen etwas nachzuholen, ein bisschen mehr Zeit bekommt, sich zu entwickeln, sehe ich das jetzt nicht als Gegenkonzept zur Inklusion, aber wir sollten einfach darüber diskutieren, ist das das geeignete Modell, dass Kinder, die nicht die Schulreife haben, in die erste Klasse reinkommen, weil das schreibt jetzt eigentlich das Gesetz vor und auf Ausnahme kann man den häuslichen Unterricht beantragen, das kann man machen und dann muss man einfach schauen nach Maßgabe der Möglichkeiten, ob man einen Platz bekommt. Wenn da oder dort die Familie das als schlechte Begleitung aufgenommen hat, stehe ich auch nicht an, mich zu entschuldigen. Wir werden uns immer verbessern versuchen und gerade eine Familie, ich habe in der Sprechstunde vorgestern eine Mutter da gehabt, die ein Kind mit Autismus-Spektrum hat, zwei weitere Kinder, hat es auch ganz schwer, also das ist für

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 30. März 2023

uns kaum nachvollziehbar, in welcher Situation die Familien sind. Deswegen bemüht sich die Bildungsabteilung wirklich, alle Familien in Graz bestmöglich zu begleiten, aber es gibt auf die Frage nicht die optimale Lösung jetzt. Es ist nicht für alle Kinder, die keine Schulreife mitbringen, die beste Lösung, dass sie im Kindergarten jetzt ein weiteres Jahr bleiben. Deswegen muss man wirklich Fall für Fall sich anschauen und das kann ich zusagen. *(Appl.)*

Ende Fragestunde: 13.59 Uhr